

Bauernsilvester 2021: Bittere Ernte für Bauern wird fortgeschrieben!

Offener Brief zum katastrophalen Ergebnis der GAP Verhandlungen an

1

- ✓ Landwirtschaftsministerin Elisabeth **Köstinger**
- ✓ MEP Simone **Schmiedtbauer**, EU-Agrarsprecherin der ÖVP in Brüssel
- ✓ Präsident Josef **Moosbrugger**, LK Österreich & LK Vorarlberg
- ✓ Präsident NR Dipl.-Ing. **Nikolaus Berlakovich**, LK Burgenland
- ✓ Präsident Siegfried **Huber**, LK Kärnten
- ✓ Präsident NR Johannes **Schmuckenschlager**, LK Niederösterreich
- ✓ Präsident Bgm. Mag. Franz **Waldenberger**, LK Oberösterreich
- ✓ Präsident Ök.-Rat Ing. Franz **Titschenbacher**, LK Steiermark
- ✓ Präsident NR Ing. Josef **Hechenberger**, LK Tirol
- ✓ Präsident Ök.-Rat Ing. Franz **Windisch**, LK Wien

Sehr geehrte Ministerin Elisabeth Köstinger!

Sehr geehrte MEP Simone Schmiedtbauer!

Sehr geehrte Präsidenten der Landwirtschaftskammern!

Wir nehmen mit großer Bestürzung zur Kenntnis, wie maßgebliche Vertreter der österreichischen Bauern beinahe in Jubelstimmung ausbrechen, wenn sie das Ergebnis der Abstimmung zur neuen GAP bewerten!

Nachdem von Ministerin Köstinger sowie zahlreichen Bauernvertretern in Presseinformationen betont wird, dass man wichtige Beiträge zum Ergebnis in Brüssel geleistet habe und das Ergebnis auch noch zudem sehr lobt, übermitteln wir anbei öffentlich unsere Stellungnahme sowie Fragen mit dem Ersuchen, diese öffentlich auch zu beantworten.

PS: Wie stimmten die österreichischen Parteien in Brüssel ab?

Bei den Abstimmungen für die neue GAP haben sich die ÖVP Mandatäre im EU-Parlament wieder als Vorzugsschüler präsentiert. Die ÖVP hat bei den Abstimmungen (3 an der Zahl) immer mit ja gestimmt. Wenn es bei den Bauern also vorne wie hinten bei den Einkommen nicht reicht, dann trägt die Volkspartei dafür die Verantwortung. Grünen und SPÖ haben gegen die neuen Rahmen gestimmt, NEOS waren bei einer Abstimmung dagegen, beim Rest Stimmenthaltung. FPÖ: Stimmenthaltung bei allen Abstimmungen.

Den UBV Kommentar zum Ergebnis DER NEUEN GAP findet Ihr als Abschluss unseres Schreibens.

**UBV Fragen an Ministerin Elisabeth Köstinger,
MEP Simone Schmiedtbauer sowie an die Präsidenten der Landwirtschaftskammer!**

Graz, Donnersbach im Dezember 2021

1) Keine Inflationsabgeltung

- ✓ Warum gibt es keine Abgeltung der Inflation – weder bei den „Ausgleichszahlungen“ noch bei den Erzeugerpreisen? Wir haben seit dem EU-Beitritt eine Inflation von knapp 60%!!
- ✓ Das bedeutet einen Kaufkraftverlust für uns Bauern von bis zu 90%!
- ✓ Umgelegt auf die Ausgleichszahlungen müssten wir heute bei einer Maßnahme, wofür es 1.000 Euro gibt – inflationsangepasst nun zumindest 1.600 Euro ausbezahlt werden
- ✓ Bei der Sozialversicherung habt ihr keinen Genierer. Dort habt ihr beschlossen, dass man nicht nur bei weniger Einkommen mehr Steuern zahlen muss. Ihr habt auch beschlossen, dass man automatisch eine Anpassung der Beiträge an die Inflation umsetzt.

2) Keine fairen Spielregeln & Rahmenbedingungen

- ✓ Warum fordert ihr nicht, dass nur Lebensmittel importiert und im Regal des Lebensmittel Handels landen dürfen, die unter gleichen Spielregeln wie hier erzeugt werden?
- ✓ Warum schaut ihr zu, wie man mit Produkten in Konkurrenz treten müssen, wo eine gewaltige soziale Schieflage bei den Arbeitskräften gegeben ist, wo die Produktionskosten nur einen Bruchteil von unseren ausmachen?
- ✓ Warum fordert ihr nicht ein, dass der Lebensmittelhandel nur maximal 100% auf den Einkaufspreis bei Lebensmittel aufschlagen darf. Damit wäre auf einen Schlag das Dumping mit Billigimporten gegenüber unseren Produkten gestoppt.

3) Keine Kontrollen bei Lebensmitteln

- ✓ Warum fordert ihr keine echte Kontrolle der importierten Lebensmittel? Ohne Kontrolle ist dem Betrug Tür und Tor geöffnet. AMA, AK und LK sollten die gehandelten Lebensmittel kontrollieren, nicht nur die Bauern sekkieren.

4) Keine echte Leistungsabgeltung – Was ist 1 Hektar Kulturland wert

- ✓ Warum fordert ihr keine echte Leistungsabgeltung für uns Bauern ein? Wieso bewertet man bis heute nicht die Leistung der Land- und Forstwirte für die Pflege & Gestaltung von Kulturland? Was ist in euren Augen die Bereitstellung von 1 Hektar Kulturland wert? Bisher machen wir Bauern das gratis!

5) Keine Abgeltung für die Speicherung von CO2 und die Erzeugung von Sauerstoff

- ✓ Wir speichern jährlich bei der Produktion Unmengen an CO2 in der Biomasse und gleichzeitig erzeugen wir Sauerstoff! Warum werden diese Leistungen nicht bezahlt? Warum gibt es keine Möglichkeit eines CO2 Zertifikathandels für uns, während dies für einen Autohersteller schon möglich ist?

6) Keine nationale Abgeltung unserer Leistungen, die nicht in der GAP enthalten sind

- ✓ Vor allen Nationalrats-, Landtags- und Kammerwahlen wurde von der ÖVP, von der Ministerin abwärts, hoch und heilig versprochen, man werde national nicht erfolgte Leistungsabgeltungen abgelden! Davon ist heute nichts mehr zu hören! Warum ist das so?

Das Fortschreiben der aktuellen GAP bedeutet: Man hat die Bauern wieder auf Kosten anderer Interessen verkauft. So werden wir Bauern am Weltmarkt geopfert. Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik. Landwirtschaft neu Denken und Gestalten = Ökosozial Leben!

Das unglaubliche GAP Desaster. Der UBV lehnt die neue GAP ab!

Österreichs Bauernvertretung hält an der EU-Agrarpolitik fest! Bauernsterben und Auflösen der Bauernhöfe inbegriffen!

3

Die GAP Entscheidung ist so etwas wie der Lohnabschluss für 7 Jahre für die Land- und Forstwirte. Leider haben die Bauern keine Hoffnung auf eine deutliche Verbesserung ihrer Einkommen. Das Gegenteil ist der Fall. Die bisherige EU-Agrarpolitik – gilt auch für Österreich – wird fortgeschrieben. Die Bauern können sich daher warm anziehen, sofern sie noch etwas zum Anziehen haben!

Die angeblich so erfolgreiche Agrarpolitik bzw. der angeblich so erfolgreiche österreichische Weg wird fortgesetzt. D.h., das Bauernsterben geht ungebremst weiter!

Nachdem die österreichischen Bauernvertreter das Ergebnis der GAP äußerst positiv bewerten, muss man davon ausgehen, dass sie auch für die Einkommen der Bauern verantwortlich sind!

Ministerin Köstinger betonte in Ihrer Jubelmeldung vom 4. November 2021

Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger dazu: „Mein Ziel war es, den heimischen Weg der regionalen, nachhaltigen und qualitätsorientierten Produktionsweisen abzusichern. Das ist uns gelungen. Beim Klima- und Umweltschutz sind wir schon heute den meisten anderen weit voraus. Diese Leistungen müssen auch anerkannt werden. Ich setze mich für Klimaschutz mit Hausverstand ein. **Schließlich machen wir Agrarpolitik für unsere Bäuerinnen und Bauern, und nicht gegen sie.**“ Das zeichnet den „österreichischen Weg“ aus:

- Wir legen den Fokus auf kleine und mittlere, zumeist **familiengeführte Betriebe** und setzen auf **Qualität statt Masse**.
- Mit dem Agrarumweltprogramm ÖPUL hat Österreich EU-weit Maßstäbe in den Bereichen **Nachhaltigkeit und Ökologie** gesetzt. Rund 80 % der heimischen Betriebe nehmen teil und zeigen vor, wie Landwirtschaft und Umweltschutz Hand in Hand gehen.
- Wir haben die Zukunft im Blick: Schon heute hat Österreich im EU-Vergleich mit über 22 Prozent den **höchsten Anteil an Junglandwirtinnen und Junglandwirten** (unter 40 Jahre). Damit das auch so bleibt, schaffen wir gezielte Anreize und Erleichterungen für die Hofübernahme.

Graz, Donnersbach im Dezember 2021

Auch die EU-Agrarsprecherin der Volkspartei in Brüssel, Simone Schmiedbauer betont zum GAP Ergebnis, sie habe alle Register gezogen, damit es wie bisher weiter geht. Wieso der österreichische Weg so vorbildhaft sei, auch die LK Österreich hat diesen Standpunkt, wissen die Bauern nicht.

Die Bauerneinkommen liegen am Ende aller Einkommen

- Nimmt man den Grünen Bericht als Basis für eine erfolgreiche Agrarpolitik zur Hand, dann ist die Agrarpolitik eine reine Bankrott Erklärung und kein Erfolgsmodell.
- Demnach gibt es seit dem EU-Beitritt ein monatliches Einkommen je Arbeitskraft in der Höhe von 533 Euro bis 874 Euro.
- Damit liegen die Einkommen der Land- und Forstwirte weit hinten am Ende im Vergleich mit anderen Berufsgruppen, teilweise sogar unter der Mindestsicherung.
- Wenn sich ein Berufsstand seit dem EU-Beitritt von rund 280.000 Betriebe auf heute rund 150.000 Betriebe reduzierte, was ist bei dem Österreichischen Weg der Agrarpolitik wirklich als Erfolg zu werten??

ÖVP - EU Musterschüler stimmte für neue GAP = gegen die heimischen Bauern

Bei den Abstimmungen für die neue GAP haben sich die ÖVP Mandatare im EU-Parlament wieder als Vorzugsschüler präsentiert.

Die ÖVP hat bei den Abstimmungen (3 an der Zahl) immer mit ja gestimmt. Wenn es bei den Bauern also vorne wie hinten bei den Einkommen nicht reicht, dann trägt die Volkspartei dafür die Verantwortung.

Die Grünen und die SPÖ haben gegen die neuen Rahmen im EU-Parlament gestimmt, die NEOS waren bei einer Abstimmung dagegen, beim Rest haben sie sich ihrer Stimme enthalten, ebenso die FPÖ, die sich bei allen Abstimmungen ihrer Stimme entschlagen haben.

Der UBV lehnt das Ergebnis der neuen GAP ab! Das ist kein Zukunftsmodell, sondern ein Himmelfahrtskommando, welches tausenden Bauernhöfen die Existenz kosten wird.

UBV fordert: Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik. Landwirtschaft neu Denken und Handeln = Ökosozial leben!

Die Bauern werden seit Jahren durch untaugliche Rahmenbedingungen vielfach in ein finanzielles Fiasko hineingetrieben. Die sogenannten Ausgleichzahlungen reichen bei weitem nicht aus, um die Kosten in der Produktion zu decken. Viele Betriebe leben nur von der Substanz. Die Konsequenz ist, dass jährlich tausende Betriebe zusperren. Mit anderen Worten: Das komplette Versagen der aktuellen EU-GAP Agrarpolitik ruiniert tausende Bauernhöfe in der ganzen EU, vor allem aber auch im Alpenraum.

Die von der Regierung verordneten Maßnahmen rund um COVID 19 Pandemie hat viele Betriebe noch tiefer in ein Tal der Tränen hineingetrieben. Nachdem man in der EU hunderte Milliarden Euro – besichert mit Steuergeld der Bürger aufbringt, um marode Mitglieds Staaten in der EU zu finanzieren, fordert der UBV konkret vier konkrete Maßnahmen, die eine langfristige, nachhaltige und existenzsichernde Wirkung für die Bauern bedeuten, wie folgt:

UBV Forderung - **Maßnahme 1**

- Eine nicht rückzahlbare Investitionsförderung für die Land- und Forstwirtschaft Betriebe – gerechnet je Arbeitsplatz in der Land- und Forstwirtschaft. Das sind rund 400.000 Jobs mit jeweils 1.500 Euro/Monat = 18.000 Euro im Jahr.
- Diese Investitionsförderung soll dann auf die aktuell rund 150.000 Betriebe aufgeteilt werden. Damit hat man auf einen Schlag auch eine deutliche soziale Komponente geschaffen und stärkt so die kleineren Betriebe stärker.
- Das bedeutet je Betrieb rund 48.000 Euro nicht rückzahlbare Investitionsförderung. Das Geld muss in Österreich für Investitionen ausgegeben werden.
- Damit partizipiert die gesamte heimische, regionale Wirtschaft an dieser Investitionsförderung mit. Das ist die beste Stärkung des „Ländlichen Raumes“.

UBV Forderung - **Maßnahme 2**

- Als zweite Maßnahme fordert der UBV die Stärkung der Bäuerinnen. Dazu fordert der UBV eine Mindestpension von 1.200 Euro sowie je Kind zusätzlich 200 Euro.

UBV Forderung - **Maßnahme 3**

- Als dritte Maßnahme fordern der UBV die Übernahme der Sozialversicherung Beiträge durch den Nothilfe Fond der Bundesregierung für die Jahre 2020 und 2021.

UBV Forderung - **Maßnahme 4**

- Erhöhung der UST beim Verkauf von agrarischen Erzeugnissen auf 20%

Alle 4 Maßnahmen sind eine dringend notwendige direkte Unterstützung der Bauern. Als Entschuldigung für das Versagen von politischen Entscheidungsträgern, die mit untauglichen Rahmenbedingungen und Spielregeln die Land- und Forstwirte in eine ökonomisch dramatisch schlechte Situation hineingetrieben haben. Die Ausrede, es gebe dafür kein Geld, gilt nicht.

Der Staat hat genug Geld! Einige Beispiele zum Nachlesen, wofür der Staat Geld hat:

- ✓ **79.000 Euro für jeden AUA Mitarbeiter**
450 Mio. hat man 2020 aus dem Ärmel gebeutelt. Es gibt keine Jobgarantie für die Mitarbeiter, die AUA kündigte in einem ersten Schritt 650 Mitarbeiter, 650 weiter folgen. Also zahlt der Staat je AUA Mitarbeiter rund 79.000 Euro!!
- ✓ **62.000 Euro für die Pflege von 1 Hektar Autobahn/Straßen Grünstreifen**
Für die Gestaltung von Kulturlandschaft am Beispiel Straßenränder budgetiert man jährlich rund 62.000 Euro je Hektar. Als der UBV in seinem Grundsatzpapier eine gestaffelte Leistungsabgeltung von 900/700/500 Euro je Hektar zur Diskussion stellte, fielen viele aus den Wolken, das sei zu teuer. Man vergleiche: Hier 62.000 Euro, dort 500 Euro je Hektar Kulturpflege! [So billig, wie die Bauern pflegt und gestaltet niemand das Land.](#)
- ✓ **57.318 Durchschnittsgehalt bei Beamten – rund 12.000 Euro bei den Bauern**
Die Beamten gehören sicher nicht zu jenen, die am schlechtesten verdienen. Trotzdem hat der Staat in den letzten 5 Jahren jährlich hunderte Millionen dazu gelegt.
Als Inflationsabgeltung und Leistungsprämie. Das zahlt alles der Steuerzahler bzw. die Wirtschaft. Diese Gehälter sind immer gleich, egal ob es der Wirtschaft gut geht oder nicht. Insgesamt war das dem Staat also rund 1,4 Milliarden wert. Das sind keine Einmaleffekte, sondern jährliche Mehrkosten (plus, was weiter dazu kommt). Konkret gab es 2017 + 168 Mio., 2018 rund 308 Mio., 2019 rund 375 Mio., 2020 rund 320 Mio. und 2021 wahrscheinlich rund 200 Mio. Es ist also genug Geld da, wenn man will!!

Vergleich Durchschnittseinkommen verschiedener Gruppen im Jahr bei	Brutto
○ Arbeiter und Arbeiterinnen	28.459 Euro
○ Angestellten	32.444 Euro
○ Vertragsbedienstete (z.B. Gemeinde)	34.946 Euro
○ Beamte und Beamtinnen	57.318 Euro
○ Landwirtschaft: Der Grüne Bericht rechnet dies schön (Inkl. SV Abgaben) und nicht auf eine Arbeitskraft gerechnet	28.000 Euro
○ Real Land- & Forstwirte je Arbeitskraft und SV Beiträge abgezogen	12.250 Euro

Das Dilemma der nicht kostendeckenden Einkommen der Bauern – als Konsequenz einer komplett gescheiterten EU-Agrarpolitik GAP lässt sich am Beispiel Milch einfach und für jedermann verständlich darstellen:

7

- 1994 – vor dem EU-Beitritt - lag der Erzeugermilchpreis für den Milchbauern bei rund 7,40 Schilling oder rund 53 Cent brutto.
- 2021 liegt der Bauernmilchpreis (gleiche Milch) bei rund 39 Cent brutto, also unter 5 Schilling.
- Würde die Inflation abgegolten, wäre der Erzeugermilchpreis für die Bauern heute bei rund 82 bis 85 Cent. Und damit dort, wo er liegen sollte!
- Nachdem es in der Landwirtschaft als einzige Sparte keine Inflationsabgeltung für die Erzeugerpreise noch für die sogenannten Ausgleichszahlungen gibt, erleidet der Bauer einen Kaufkraftverlust von bis zu 90% oder mehr.
- Mit diesem einfachen Beispiel ist anhand von Fakten dokumentiert, dass die Land- und Forstwirte vielfach nur mehr von der Substanz leben.
- Damit ist auch klar: die EU-Agrarpolitik GAP und damit auch die nationale Agrarpolitik sind komplett gescheitert. Ein Fortschreiben der aktuellen EU-Agrarpolitik lässt die Bauern weiter an die Wand fahren.
- Der geplante, wie diskutierte Green-Deal ist ein weiterer Etikettenschwindel, wo man die Bauern als Sündenböcke für ein Totalversagen der Politik in Fragen Klimapolitik und Wirtschaftspolitik in der EU mit untauglichen Spielregeln verantwortlich machen will!

Daher fordert der UBV: ES BRAUCHT NEUE WEGE IN DER AGRARPOLITIK.

Im Zusammenhang mit der GAP fordert der UBV folgende Korrekturen:

1) Abgeltung der Inflation

Wir haben seit dem EU-Beitritt eine Inflation von knapp 60%. Die nicht erfolgte Abgeltung der Inflation bei Ausgleichszahlungen und Erzeugerpreisen bedeutet einen enormen Kaufkraftverlust bis zu 90%. Umgelegt auf die Inflation müssten die Ausgleichszahlungen um 60% je Maßnahme höher sein. D.h. 1.000 Euro zum EU-Beitritt müssten heute 1.600 Euro sein. Wir wollen die Inflation rückwirkend ab dem EU-Beitritt abgegolten bekommen.

2) Gleiche Spielregeln in der Produktion

Wir fordern ein Verbot des Handels und des Vertriebs von Lebensmitteln, die nicht nach den gleichen Spielregeln/Vorgaben erzeugt werden. Dazu gehört auch das Brandrodren von Urwäldern. Produkte, die nicht unseren Vorgaben entsprechen, sind zu verbieten.

3) Maximal 100% Preisauflschlag beim Handel mit Lebensmittel für den LEH

Wegen fehlender Spielregeln beim Handel mit Lebensmittel erdrücken uns importierte Billigwaren mit unseren Produkten im Regal des LEH. Daher braucht es eine Regelung, bei der der LEH nur mehr 100% auf den Einkaufspreis aufschlagen darf. Damit wird dem Preisdumping ein Ende gesetzt.

4) Stopp des unkontrollierten Handels mit Lebensmitteln

Ohne Kontrolle ist Beim grenzüberschreitenden Handel mit Lebensmittel dem Betrug Tür und Tor geöffnet. Eine Kontrolle kann den Betrug abstellen. Wir fordern daher eine Kontrolle. AMA, AK und LK sollten diese Lebensmittelkontrollen umsetzen.

5) Echte Leistungsabgeltung – Was ist 1 Hektar Kulturland wert

Wir wollen eine echte Leistungsabgeltung. Wieso bewertet man bis heute nicht die Leistung der Land- und Forstwirte für die Pflege & Gestaltung von Kulturland? Was ist in den Augen der Bauernvertreter die Bereitstellung von 1 Hektar Kulturland wert? Bisher machen wir Bauern das gratis! Wir wollen eine Abgeltung dieser Leistungen.

6) Abgeltung für die Speicherung von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff

Wir speichern jährlich Unmengen an CO₂ in der jährlich neu erzeugten Biomasse und gleichzeitig erzeugen wir Sauerstoff! Warum werden diese Leistungen nicht bezahlt? Warum gibt es keine Möglichkeit eines CO₂ Zertifikathandels für uns, während dies für einen Autohersteller schon möglich ist? Wir fordern eine Abgeltung der Leistung CO₂ Speicherung und Sauerstoff Erzeugung.

7) Abgeltung aller Leistungen, die von den GAP Ausgleichszahlungen nicht erfasst und bezahlt werden, durch nationale Maßnahmen

Es wurden von der Bundesministerin Elisabeth Köstinger abwärts immer wieder gebetsmühlenartig betont, dass jede Verkürzung der Leistungsabgeltungen bzw. Ausgleichszahlungen im Rahmen der GAP national abgegolten werden. Das wurde auch insbesondere vor den diversen Wahlen (Nationalratswahlen, Landtagswahlen bis hin zu den Kammerwahlen) von Bundeskanzler und den Landeshauptleuten der ÖVP betont. Wir fordern daher für all jene Leistungen, die von den Land- und Forstwirten erbracht und nicht über GAP Gelder bezahlt werden, national von der Republik bezahlt werden.

Info zum UBV Programm auf www.ubv.at

„Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik“
Land- und Forstwirtschaft neu denken & handeln = ökosozial leben